

Tabel F. — Rekening betreffende de uitvoering van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap voor het begrotingsjaar 1994

Ontvangsten van de diensten met autonoom beheer

1	Situatie op 01.01.1994	Ontvangsten		Beschikbaar	Uitgaven		Afrekening van de beschikbare kredieten				
		Verwachte ontvangsten	Geboekte ontvangsten		Verwachte uitgaven	Uitgevoerde uitgaven	Verschil tussen beschikbare kredieten en uitgaven	Situatie op 31.12.94	Te annuleren	Over te dragen	Definitieve uitgaven van het begrotingsjaar
2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Diensten met een autonoom beheer	41.024.708	93.800.000	132.303.600	173.328.308	93.800.000	132.900.698	40.427.610	40.427.610		40.427.610	132.900.698

D. 98 — 2283

[C - 33078]

25. JUNI 1996 — Dekret über das Laufbahnende sowie über einen Sonderurlaub wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren sowie zur Abänderung von Art. 10 des Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts und des Weiterbildungs- oder Teilzeitunterrichts Anwendung finden

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es :

KAPITEL I. — Laufbahnende und Sonderurlaub wegen verkürzter Dienstleistungen

Artikel 1 - Art. 7 des Königlichen Erlasses Nummer 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, ersetzt durch das Gesetz vom 31. Juli 1984, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Art. 7 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf die in Art. 1 angeführten Personalmitglieder, die definitiv ernannt sind und deren definitive Ernennung anerkannt ist, dort wo die Anerkennung besteht."

Art. 2 - Art. 8 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Gesetz vom 31. Juli 1984, wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

"Art. 8 - §1 - Die in Art. 7 angeführten Personalmitglieder, die sich im aktiven Dienst befinden oder aus Krankheitsgründen zur Disposition stehen und die ein Anwerbungs-, ein Auswahl- oder ein Beförderungssamt bekleiden, können vor der Versetzung in den Ruhestand aus persönlichen Gründen zur Disposition gestellt werden, wenn sie das Alter von fünfundfünfzig Jahren erreicht haben und mindestens dreißig Dienstjahre zählen, unter der Bedingung, daß sie keine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beziehen können.

Der Antrag muß mindestens dreißig Tage vor Beginn der Zurdispositionstellung durch Vermittlung der Direktors beziehungsweise des Schulleiters beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht werden.

Diese Zurdispositionstellung ist unumkehrbar und wird bis zu dem Datum gewährt, an dem das Personalmitglied die in Absatz 1 angeführte Pension beanspruchen kann.

Für die Anwendung dieses Paragraphen werden die Dienste berücksichtigt, die für die Eröffnung des Anrechtes auf die Ruhestandspension angerechnet werden.

§ 2 - Während der gesamten Dauer dieser Zurdispositionstellung wird ein Wartegehalt gewährt, das so vielen Fünfzigsten, Fünfundfünfzigsten und Sechzigsten des letzten Dienstgehaltes oder der letzten Dienstgehaltssubvention gleichkommt, wie das Personalmitglied zum Datum seiner Zurdispositionstellung Dienstjahre erreicht hat, je nachdem, ob die für die Berechnung der Pension berücksichtigte Bruchzahl 1/50, 1/55 oder 1/60 ist.

Für die Anwendung dieses Paragraphen werden für ihre wirkliche Dauer diejenigen Dienste berücksichtigt, die für die Berechnung der Ruhestandspension in Betracht gezogen werden, unter Ausschluß der Vergütungen aufgrund von Studien und der anderen Perioden, die für die Bestimmung des Gehalts als anerkannte Dienste vergütet werden.

§ 3 - Was die in § 1 Absatz 1 angeführte Bedingung bezüglich des Dienstalters anbelangt, so können zwischen dem ersten Schultag des Schuljahres 1996-1997 und dem ersten Schultag des Schuljahres 1998-1999 in Abweichung von § 1 die Personalmitglieder aus persönlichen Gründen zur Disposition gestellt werden, die ein Dienstalter von mindestens zwanzig Jahren zählen.

In Abweichung von § 2 Absatz 2 werden bei der Berechnung des Wartegehalts dieser Personalmitglieder für ihr wirkliche Dauer diejenigen Dienste berücksichtigt, die für die Eröffnung des Anrechtes auf die Ruhestandspension angerechnet werden.

Insofern dieses Wartegehalt nicht 75% des letzten Dienstgehaltes oder der letzten Dienstgehaltssubvention ausmacht, wird die im vorhergehenden Absatz angeführte Anzahl Dienstjahre um 2 erhöht, ohne daß jedoch das Wartegehalt mehr als 75% des letzten Dienstgehaltes oder der letzten Dienstgehaltssubvention übersteigen darf."

Sitzungsperiode 1995-1996 :

Dokumente des Rates. — 49 (1995-1996) Nr. 1. Dekretvorschlag, 49 (1995-1996) Nr. 2 + 3. Abänderungsvorschläge, 49 (1995-1996) Nr. 4. Bericht.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung, Sitzung vom 25. Juni 1996

Art. 3 - Art. 9 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Gesetz vom 31. Juli 1984, wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

„Art. 9 - Während der im vorhergehenden Art. angeführten Zurdispositionstellung ist es dem Personalmitglied gestattet, unter denselben Bedingungen und in denselben Grenzen wie diejenigen, die für die Empfänger einer Ruhestandspension des öffentlichen Dienstes festgelegt sind, in Übereinstimmung mit dem Gesetz vom 5. April 1994 zur Regelung der Häufung der Pensionen des öffentlichen Dienstes mit Einkommen aus einer Berufstätigkeit oder mit Ersatzinkommen eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Diese Tätigkeit darf jedoch auf keinen Fall im Unterrichtswesen ausgeübt werden, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird. Das Personalmitglied muß dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft jede Einkommensänderung mitteilen, die eine Kürzung oder Streichung seines Wartegehalts zur Folge haben könnte.“

Art. 4 - Art. 10 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Gesetz vom 31. Juli 1984 und ergänzt durch die Königlichen Erlasse Nr. 436 vom 5. August 1986 sowie Nr. 537 vom 31. März 1987, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Art. 10 - § 1 - Die in Art. 7 angeführten Personalmitglieder, die sich im aktiven Dienst befinden oder aus Krankheitsgründen zur Disposition stehen und die ein Anwerbungs- oder Auswahlamt bekleiden, können zwischen dem ersten Schultag des Schuljahres 1996-1997 und dem ersten Schultag des Schuljahres 1998-1999 aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand teilweise zur Disposition gestellt werden, wenn sie das Alter von fünfundfünfzig Jahren erreicht haben und mindestens zwanzig Dienstjahre zählen, unter der Bedingung, daß sie keine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beziehen können.

Diese Zurdispositionstellung ist den Personalmitgliedern nur gestattet, wenn die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die zum Amt beziehungsweise zu den Ämtern gehören, in dem beziehungsweise in denen sie ernannt sind, mehr als die Hälfte der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die für eine Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt beziehungsweise in diesen Ämtern vorgeschrieben ist, ausmacht.

Die Personalmitglieder sind verpflichtet, ihren Dienst während der Hälfte der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die für die Vollzeitbeschäftigung erforderlich ist, zu leisten.

Der Antrag muß mindestens dreißig Tage vor Beginn der Zurdispositionstellung durch Vermittlung des Direktors beziehungsweise des Schulleiters beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht werden.

Diese Zurdispositionstellung ist unumkehrbar und wird bis zu dem Datum gewährt, an dem die Personalmitglieder die in Absatz 1 angeführte Pension beanspruchen können. „

Für die Anwendung dieses Paragraphen werden die Dienste berücksichtigt, die für die Eröffnung des Anrechtes auf die Ruhestandspension angerechnet werden.

§ 2 - Während der gesamten Dauer dieser Zurdispositionstellung wird den Personalmitgliedern für die Stunden oder Unterrichtsstunden, die nicht mehr geleistet werden, ein Wartegelt gewährt, das 50% des letzten Dienstgehaltes oder der letzten Dienstgehaltssubvention für diese Stunden oder Unterrichtsstunden ausmacht.

Ab dem ersten Tag des Monats, der dem Monat folgt, in dem das Personalmitglied 58 Jahre alt wird, wird das im vorhergehenden Absatz angeführte Wartegelt um 20% erhöht.

§ 3 - Für diese Personalmitglieder gelten, was das Nachgehen einer lukrativen Beschäftigung anbelangt, die in Art. 9 angeführten Bestimmungen.

§ 4 - Diese Personalmitglieder können auf Antrag zu Beginn eines Schuljahres die in den vorhergehenden Paragraphen angeführte Zurdispositionstellung in die in Art. 8 § 1 bis einschließlich § 3 angeführte Zurdispositionstellung umwandeln. Diese Umwandlung ist auch nach dem Schuljahr 1997-1998 möglich, und zwar unter den in Art. 8 § 3 angeführten günstigen Bedingungen.

Der Antrag muß mindestens dreißig Tage vor Beginn der Zurdispositionstellung durch Vermittlung des Direktors beziehungsweise des Schulleiters beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht werden.“

Art. 5 - Im selben Königlichen Erlaß wird ein Art. 10bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Art. 10bis - Für das Personalmitglied, das einen Sonderurlaub oder Urlaub wegen verkürzter Dienstleistungen in eine Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand umwandelt, wird erachtet, als letztes Dienstgehalt oder als letzte Dienstgehaltssubvention, das Dienstgehalt oder die Dienstgehaltssubvention erhalten zu haben, das oder die es normalerweise erhalten hätte, wenn es die dem Urlaub vorhergehende Dienstleistung bis zum Tag vor der Umwandlung des Sonderurlaubs oder des Urlaubs in die Zurdispositionstellung erbracht hätte.

Als Dienstleistungen werden diejenigen berücksichtigt, für die das Personalmitglied definitiv ernannt ist und deren definitive Ernennung anerkannt ist, dort wo die Anerkennung besteht.

Diese Umwandlung kann nur zu Beginn des Schuljahres 1996-1997 oder des Schuljahres 1997-1998 erfolgen.“

Art. 6 - Die Überschrift von Kapitel III desselben Königlichen Erlasses wird durch folgende Überschrift ersetzt: „Sonderurlaub wegen verkürzter Dienstleistungen“.

Art. 7 - Art. 11 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Gesetz vom 31. Juli 1984, wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

„Art. 11 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf die in Art. 1 angeführten Personalmitglieder, die definitiv ernannt sind und deren definitive Ernennung anerkannt ist, dort wo die Anerkennung besteht.“

Art. 8 - Art. 12 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Gesetz vom 31. Juli 1984, wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

„Art. 12 - Die in Art. 11 angeführten Personalmitglieder, die sich im aktiven Dienst befinden oder aus Krankheitsgründen zur Disposition stehen und die ein Anwerbungs- oder ein Auswahlamt bekleiden, können zu Beginn des Schuljahres 1996-1997 und zu Beginn des Schuljahres 1997-1998 eine Verkürzung der Dienstleistungen für die Dauer eines Jahres erhalten, wenn sie mindestens 10 Dienstjahre zählen.

Die Personalmitglieder sind verpflichtet, ihren Dienst während 75% der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die für eine Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt beziehungsweise in diesen Ämtern vorgeschrieben ist, zu leisten. Insofern diese Zahl keine runde Zahl ist, wird sie aufgerundet.

Während der gesamten Dauer dieses Urlaubs wird den Personalmitgliedern für die Stunden oder Unterrichtsstunden, die nicht mehr geleistet werden, eine monatliche Prämie gewährt, die folgendermaßen berechnet wird:

1. für die Personalmitglieder, die ein Dienstalter von weniger als 20 Jahren haben: 2750 Franken (Indexstand : Juni 1996). Insofern diese Personalmitglieder nicht für die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden ernannt sind, die für eine Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt beziehungsweise in diesen Ämtern vorgeschrieben ist, wird die monatliche Prämie anhand folgender Formel ermittelt :

$$2750 \times \frac{A \cdot B}{C}$$

A ist die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, für die das Personalmitglied ernannt ist;

B ist 3/4 der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die für eine Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt beziehungsweise in diesen Ämtern vorgeschrieben ist; insofern diese keine runde Zahl ist, wird sie aufgerundet;

C ist 1/4 der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die für eine Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt beziehungsweise in diesen Ämtern vorgeschrieben ist;

2. für die Personalmitglieder, die ein Dienstalter von 20 Dienstjahren und mehr haben: 3500 Franken (Indexstand : Juni 1996). Insofern diese Personalmitglieder nicht für die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden ernannt sind, die für eine Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt beziehungsweise in diesen Ämtern vorgeschrieben ist, wird die monatliche Prämie anhand folgender Formel ermittelt :

$$3500 \times \frac{A \cdot B}{C}$$

A ist die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, für die das Personalmitglied ernannt ist;

B ist 3/4 der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die für eine Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt beziehungsweise in diesen Ämtern vorgeschrieben ist;

C ist 1/4 der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die für eine Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt beziehungsweise in diesen Ämtern vorgeschrieben ist.

Der Antrag muß mindestens dreißig Tage vor Beginn des Sonderurlaubs durch Vermittlung des Direktors beziehungsweise des Schulleiters beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht werden.

Für die Anwendung dieses Art.s werden die effektiv geleisteten Dienstjahre berücksichtigt."

Art. 9 - Art. 13 desselben Königlichen Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

"Art. 13 - Während des Sonderurlaubs darf das Personalmitglied keiner lukrativen Beschäftigung nachgehen."

Art. 10 - Art. 14 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Gesetz vom 31. Juli 1984, wird aufgehoben.

KAPITEL II. - Abänderung von Art. 10 des Königlichen Erlasses Nummer 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts und des Weiterbildungs- oder Teilzeitunterrichts Anwendung finden

Art. 11 - In Art. 10 §5 des Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts und des Weiterbildungs- oder Teilzeitunterrichts Anwendung finden, abgeändert durch den Königlichen Erlaß Nr. 161 vom 30. Dezember 1982 und ergänzt durch den Königlichen Erlaß Nr. 269 vom 31. Dezember 1983, wird die Wortfolge "Der Betrag der in den Gehältern enthaltenen periodischen Erhöhungen wird um 50% verringert" durch folgende Bestimmung ersetzt :

"Diese Begrenzung bewirkt in keinem Fall, daß dieses Personalmitglied vom Vorteil einer Indexanpassung oder einer Anpassung der Besoldungstabellen, die auf der Grundlage eines sektoriellen oder intersektoriellen Abkommens vorgenommen wird, das auf das Personal des Gemeinschaftsunterrichtswesens Anwendung findet, ausgeschlossen wird.

Der Betrag der in diesen Gehältern enthaltenen zwischenzeitlichen Erhöhungen wird um 50% verringert."

Art. 12 - Art. 11 wird am 1. September 1982 wirksam, mit Ausnahme des letzten Absatzes, der am 1. September 1983 wirksam wird.

KAPITEL III. - Aufhebungs- und Schlussbestimmungen

Art. 13 - Folgende Bestimmungen werden aufgehoben :

1. Kapitel III des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 23. August 1989 bezüglich des Urlaubs wegen reduzierter Dienstleistungen, der den Personalmitgliedern des subventionierten Unterrichtswesens und der subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren gewährt wird, die das 50. Lebensjahr erreicht oder aber mindestens zwei Kinder zu Lasten haben, die nicht älter als 14 Jahre sind, und bezüglich der Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Alterspension, abgeändert durch die Erlasse der Exekutive vom 6. November 1990 und vom 6. Januar 1993;

2. Kapitel III des Königlichen Erlasses vom 4. September 1989 betreffend den Urlaub wegen verkürzter Arbeitszeit, der den Personalmitgliedern im staatlichen Unterrichtswesen und in den staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren gewährt wird, wenn sie das Alter von fünfzig Jahren erreicht haben oder mindestens zwei Kinder haben, die nicht älter als vierzehn Jahre sind, und betreffend die Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand, abgeändert durch die Erlasse der Exekutive vom 6. November 1990 und vom 4. November 1992.

Art. 14 - Vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen tritt vorliegendes Dekret am 1. August 1996 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 25. Juni 1996

J. MARAITE

Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit,
Familie und Senioren, Sport und Tourismus

K.-H. LAMBERTZ

Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales

W. SCHRÖDER

Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung,
Denkmäler und Landschaften

TRADUCTION

F. 96 — 2283

[C — 33078]

25 JUIN 1996. — Décret relatif à la fin de carrière et au congé spécial pour prestations réduites dans l'enseignement et dans les centres psycho-médico-sociaux et modifiant l'article 10 de l'arrêté royal n° 63 du 20 juillet 1982 modifiant les dispositions des statuts pécuniaires applicables au personnel enseignant et assimilé de l'enseignement de plein exercice et de l'enseignement de promotion sociale ou à horaire réduit

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I. - Fin de carrière et congé spécial pour prestations réduites

Article 1er. L'article 7 de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, remplacé par la loi du 31 juillet 1984, est remplacé par la disposition suivante :

"Article 7 - Ce chapitre est applicable aux membres du personnel visés à l'article 1, qui sont nommés à titre définitif ou dont la nomination définitive est agréée, là où cette agrégation existe."

Art. 2. L'article 8 du même arrêté royal, remplacé par la loi du 31 juillet 1984, est remplacé par la disposition suivante :

"Article 8 - § 1 - Les membres du personnel visés à l'article 7, en activité de service ou mis en disponibilité pour cause de maladie et titulaires d'une fonction de recrutement, de sélection ou de promotion, peuvent être mis en disponibilité pour convenances personnelles précédant la pension de retraite lorsqu'ils ont atteint l'âge de cinquante-cinq ans et comptent au moins trente années de service, pour autant qu'ils ne puissent bénéficier d'une pension de retraite à charge du Trésor public.

La demande doit être introduite trente jours au moins avant le début de la mise en disponibilité, par l'intermédiaire du directeur ou du chef d'établissement, auprès du Ministère de la Communauté germanophone.

Cette mise en disponibilité est irrévocable et est accordée jusqu'à la date à laquelle le membre du personnel peut prétendre à la pension visée au premier alinéa.

Pour l'application du présent paragraphe, sont pris en considération les services qui entrent en compte pour l'ouverture du droit à la pension de retraite.

§ 2 - Pendant toute la durée de cette mise en disponibilité, il est accordé un traitement d'attente égal à autant de cinquantièmes, de cinquante-cinquièmes et de soixantièmes du dernier traitement d'activité que le membre du personnel compte d'années de service à la date de sa mise en disponibilité, selon que la fraction prise en considération pour le mode de calcul de la pension est de 1/50, 1/55 ou 1/60.

Pour l'application de ce paragraphe, sont pris en considération, pour leur durée réelle, les services qui entrent en ligne de compte dans le calcul de la pension de retraite, à l'exclusion des bonifications pour études et des autres périodes bonifiées à titre de services admis pour la détermination du traitement.

§ 3 - En ce qui concerne la condition d'ancienneté de service visée au § 1, alinéa 1, et par dérogation au § 1, les membres du personnel qui ont au moins 20 ans d'ancienneté peuvent être mis en disponibilité pour convenances personnelles entre le premier jour de classe de l'année scolaire 1996-1997 et le premier jour de classe de l'année scolaire 1998-1999.

Par dérogation au § 2, alinéa 2, les services qui entrent en compte pour l'ouverture du droit à la pension de retraite sont pris en considération, pour leur durée réelle, lors du calcul du traitement d'attente de ces membres du personnel.

Dans la mesure où ce traitement d'attente ne représente pas 75% du dernier traitement d'activité ou de la dernière subvention-traitement d'activité, le nombre d'années de service visé à l'alinéa précédent est augmenté de 2 unités, sans que le traitement d'attente ne puisse toutefois dépasser 75% du dernier traitement d'activité ou de la dernière subvention-traitement d'activité."

Art. 3. L'article 9 du même arrêté royal, remplacé par la loi du 31 juillet 1984, est remplacé par la disposition suivante :

"Article 9 - Pendant la mise en disponibilité visée à l'article précédent, le membre du personnel peut exercer une occupation lucrative dans les mêmes conditions et limites que celles fixées pour les bénéficiaires d'une pension de retraite des services publics, conformément à la loi du 5 avril 1994 régissant le cumul des pensions du secteur public avec des revenus provenant de l'exercice d'une activité professionnelle ou avec un revenu de remplacement.

Toutefois, cette occupation ne peut en aucun cas s'exercer dans l'enseignement qui est organisé ou subventionné par la Communauté germanophone. Le membre du personnel est tenu d'informer le Ministère de la Communauté germanophone de toute modification de revenu susceptible d'entraîner une diminution ou une suppression de son traitement d'attente."

Art. 4. L'article 10 du même arrêté royal, remplacé par la loi du 31 juillet 1984 et complété par les arrêtés royaux n° 436 du 5 août 1986 et 537 du 31 mars 1987, est remplacé par la disposition suivante :

"Article 10 - § 1 - Entre le premier jour de classe de l'année scolaire 1996-1997 et le premier jour de classe de l'année scolaire 1998-1999, les membres du personnel visés à l'article 7, en activité de service ou mis en disponibilité pour cause de maladie et titulaires d'une fonction de recrutement ou de sélection, peuvent être partiellement mis en disponibilité pour convenances personnelles précédant la pension de retraite lorsqu'ils ont atteint l'âge de cinquante-cinq ans et ont au moins vingt ans d'ancienneté de service, pour autant qu'ils ne puissent bénéficier d'une pension de retraite à charge du Trésor public.

La mise en disponibilité n'est accordée aux membres du personnel que lorsque le nombre de périodes ou d'heures de cours de la (des) fonction(s) pour laquelle (lesquelles) ils sont nommés représente plus de la moitié du nombre de périodes ou d'heures de cours requis pour des prestations complètes dans cette (ces) fonctions.

Session 1995-1996 :

Documents du Conseil. — 49 (1995-1996) n° 1. Proposition de décret. — 49 (1995-1996) n° 2 et 3. Proposition d'amendements. — 49 (1995-1996) n° 4. Rapport.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 25 juin 1996.

Les membres du personnel sont obligés de prêter leurs services pendant la moitié du nombre de périodes ou heures de cours requis pour une fonction à prestations complètes.

La demande doit être introduite trente jours au moins avant le début de la mise en disponibilité, par l'intermédiaire du directeur ou du chef d'établissement, auprès du Ministère de la Communauté germanophone.

Cette mise en disponibilité est irrévocable et est accordée jusqu'à la date à laquelle les membres du personnel peuvent prétendre à la pension visée au premier alinéa.

Pour l'application du présent paragraphe, sont pris en considération les services qui entrent en compte pour l'ouverture du droit à la pension de retraite.

§ 2 - Pendant toute la durée de cette mise en disponibilité, il est accordé aux membres du personnel, pour les périodes ou heures de cours qui ne sont plus prestées, un traitement d'attente égal à 50% du dernier traitement d'activité ou de la dernière subvention-traitement d'activité pour ces périodes ou heures de cours.

À partir du premier jour du mois suivant celui au cours duquel le membre du personnel atteint l'âge de 58 ans, le traitement d'attente visé à l'alinéa précédent est augmenté de 20%.

§ 3 - Les dispositions de l'article 9 sont applicables à ces membres du personnel en ce qui concerne l'exercice d'une occupation lucrative.

§ 4 - À leur demande, ces membres du personnel peuvent, en début d'année scolaire, transformer la mise en disponibilité visée dans les paragraphes précédents en une mise en disponibilité telle que visée à l'article 8, §§ 1 à 3 inclus. Cette transformation est encore possible après l'année scolaire 1997-1998 aux conditions avantageuses reprises à l'article 8, § 3.

La demande doit être introduite trente jours au moins avant le début de la mise en disponibilité, par l'intermédiaire du directeur ou du chef d'établissement, auprès du Ministère de la Communauté germanophone.

Art 5. Dans le même arrêté royal est inséré un article 10bis libellé comme suit :

"Article 10bis - Le membre du personnel qui transforme un congé spécial ou un congé pour prestations réduites en une mise en disponibilité pour convenances personnelle précédant la pension de retraite est censé avoir perçu comme dernier traitement d'activité ou comme dernière subvention-traitement d'activité le traitement d'activité ou la subvention-traitement d'activité qu'il aurait normalement perçue(s) s'il avait fourni jusqu'au jour précédant la transformation du congé spécial ou du congé en une mise en disponibilité, les prestations qu'il fournissait avant le congé.

Les prestations prises en compte sont celles pour lesquelles le membre du personnel est nommé à titre définitif ou dont la nomination définitive est agréée, là où cette agrégation existe.

Cette transformation ne peut avoir lieu qu'au début de l'année scolaire 1996-1997 ou de l'année scolaire 1997-1998."

Art. 6. L'intitulé du chapitre III du même arrêté royal est remplacé par l'intitulé suivant : "Congé spécial pour prestations réduites".

Art. 7. L'article 11 du même arrêté royal, remplacé par la loi du 31 juillet 1984, est remplacé par la disposition suivante :

"Article 11 - Le présent chapitre s'applique aux membres du personnel visés à l'article 1, qui sont nommés à titre définitif ou dont la nomination définitive est agréée, là où cette agrégation existe."

Art. 8. L'article 12 du même arrêté royal, remplacé par la loi du 31 juillet 1984, est remplacé par la disposition suivante :

"Article 12 - Au début de l'année scolaire 1996-1997 et au début de l'année scolaire 1997-1998, les membres du personnel visés à l'article 11, en activité de service ou mis en disponibilité pour cause de maladie et titulaires d'une fonction de recrutement ou de sélection, peuvent demander une diminution de leurs prestations pour un an s'ils comptent au moins 10 années de service.

Les membres du personnel sont obligés de prêter leurs services pendant 75% du nombre de périodes ou d'heures de cours requis pour des prestations complètes dans cette (ces) fonction(s). Dans la mesure où ce nombre n'est pas un chiffre rond, il est arrondi à l'unité supérieure.

Pendant toute la durée de ce congé, il est accordé aux membres du personnel, pour les périodes ou heures de cours qui ne sont plus prestées, une prime mensuelle calculée comme suit :

1° pour les membres du personnel qui ont moins de 20 ans d'ancienneté de service : 2750 F (index de juin 1996). Dans la mesure où ces membres du personnel ne sont pas nommés pour le nombre de périodes ou d'heures de cours requis pour des prestations complètes dans cette (ces) fonction(s), la prime mensuelle est calculée selon la formule suivante :

$$2750 \times \frac{A \cdot B}{C}$$

A = nombre de périodes ou d'heures de cours pour lequel le membre du personnel est nommé;

B = $\frac{3}{4}$ du nombre de périodes ou d'heures de cours requis pour des prestations complètes dans cette (ces) fonction(s); dans la mesure où ce nombre n'est pas un chiffre rond, il est arrondi à l'unité supérieure;

C = $\frac{1}{2}$ du nombre de périodes ou d'heures de cours requis pour des prestations complètes dans cette (ces) fonction(s);

2° pour les membres du personnel qui ont 20 ans d'ancienneté de service ou plus : 3500 F (index de juin 1996). Dans la mesure où ces membres du personnel ne sont pas nommés pour le nombre de périodes ou d'heures de cours requis pour des prestations complètes dans cette (ces) fonction(s), la prime mensuelle est calculée selon la formule suivante :

$$3500 \times \frac{A \cdot B}{C}$$

A = nombre de périodes ou d'heures de cours pour lequel le membre du personnel est nommé;

B = $\frac{3}{4}$ du nombre de périodes ou d'heures de cours requis pour des prestations complètes dans cette (ces) fonction(s);

C = $\frac{1}{4}$ du nombre de périodes ou d'heures de cours requis pour des prestations complètes dans cette (ces) fonction(s).

La demande doit être introduite trente jours au moins avant le début du congé spécial, par l'intermédiaire du directeur ou du chef d'établissement, auprès du Ministère de la Communauté germanophone.

Pour l'application de cet article sont prises en considération les années de service effectivement prestées.

Art. 9. L'article 13 du même arrêté royal est remplacé par la disposition suivante :

"Article 13 - Pendant le congé spécial, le membre du personnel ne peut exercer aucune occupation lucrative."

Art. 10. L'article 14 du même arrêté royal, modifié par la loi du 31 juillet 1984, est abrogé.

CHAPITRE II. - *Modification de l'article 10 de l'arrêté royal n° 63 du 20 juillet 1982 modifiant les dispositions des statuts pécuniaires applicables au personnel enseignant et assimilé de l'enseignement de plein exercice et de l'enseignement de promotion sociale ou à horaire réduit*

Art. 11. À l'article 10, § 5, de l'arrêté royal n° 63 du 20 juillet 1982 modifiant les dispositions des statuts pécuniaires applicables au personnel enseignant et assimilé de l'enseignement de plein exercice et de l'enseignement de promotion sociale ou à horaire réduit, modifié par l'arrêté royal n° 161 du 30 décembre 1982 et complété par l'arrêté royal n° 269 du 31 décembre 1983, le passage "le montant des augmentations périodiques comprises dans ces traitements est réduit de 50%" est remplacé par la disposition suivante :

"Cette limitation n'a en aucun cas pour conséquence que ce membre du personnel ne bénéficie pas d'une indexation ou d'une adaptation des échelles de traitement à la suite d'un accord sectoriel ou intersectoriel applicable au personnel de l'enseignement communautaire.

Le montant des augmentations intercalaires comprises dans ces traitements est réduit de 50%."

Art. 12. L'article 11 sortit ses effets le 1^{er} septembre 1982, à l'exception du dernier alinéa, lequel sortit ses effets le 1^{er} septembre 1983.

CHAPITRE III. - *Dispositions abrogatoires et finales*

Art. 13. Les dispositions suivantes sont abrogées :

1^o le chapitre III de l'arrêté de l'Exécutif du 23 août 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement subventionné et des centres psycho-médico-sociaux subventionnés qui ont atteint l'âge de cinquante ans ou qui ont au moins deux enfants à charge qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenances personnelles précédant la pension de retraite, modifié par les arrêtés de l'Exécutif des 6 novembre 1990 et 6 janvier 1993;

2^o le chapitre III de l'arrêté royal du 4 septembre 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement de l'État et des centres psycho-médico-sociaux de l'État qui ont atteint l'âge de cinquante ans ou qui ont au moins deux enfants qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite, modifié par les arrêtés de l'Exécutif des 6 novembre 1990 et 4 novembre 1992.

Art. 14. Sous réserve de dispositions contraires, le présent décret entre en vigueur le 1^{er} août 1996.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*

J. MARAITE

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Finances, des Relations internationales,
de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées,
du Sport et du Tourisme

K.-H. LAMBERTZ

Ministre de la Jeunesse, de la Formation,
des Médias et des Affaires sociales

W. SCHRODER

Ministre de l'Enseignement, de la Culture,
de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites

VERTALING

N. 96 — 2263

[C — 33078]

25 JUNI 1996. — Decreet betreffende het loopbaaneinde en het bijzonder verlof wegens verminderde dienstprestaties in het onderwijs en in de psycho-medische centra alsmede tot wijziging van Art. 10 van het koninklijk besluit nr. 63 van 20 juli 1982 houdende wijziging van de bezoldigingsregels van toepassing op het onderwijzend en daarmee gelijkgesteld personeel van het onderwijs met volledig leerplan en van het onderwijs voor sociale promotie of met beperkt leerplan

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. - *Loopbaaneinde en bijzonder verlof wegens verminderde prestaties*

Artikel 1. Art. 7 van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestaties in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, vervangen bij de wet van 31 juli 1984, wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Art. 7 - Dit hoofdstuk is toepasselijk op de in Art. 1 bedoelde personeelsleden die vastbenoemd zijn en van wie de vaste benoeming erkend is waar de erkenning bestaat."

Zitting 1995-1996 :

Bescheiden van de Raad. — 49 (1995-1996) nr. 1. Voorstel van decret. — 49 (1995-1996) nr. 2 en 3. Voorstellen tot wijziging. 49 (1995-1996) nr. 4. Verslag.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Zitting van 25 juni 1996.

Art. 2. Art. 8 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij de wet van 31 juli 1984, wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Art. 8 - § 1 - De personeelsleden bedoeld in Art. 7 die in actieve dienst zijn of wegens ziekte ter beschikking gesteld zijn en een wervings-, selectie- of bevorderingsambt bekleden, kunnen wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling ter beschikking gesteld worden, indien ze de leeftijd van vijftig jaar en een dienstactiviteit van tenminste dertig jaar hebben bereikt, voor zover zij geen rustpensioen ten laste van de schatkist kunnen genieten.

De aanvraag moet tenminste dertig dagen vóór het begin van de terbeschikkingstelling, door bemiddeling van de directeur of van het inrichtingshoofd, bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden ingediend.

De terbeschikkingstelling is onomkeerbaar en wordt toegekend tot op de dag waarop het personeelslid aanspraak kan maken op het pensioen bedoeld in het eerste lid.

Voor de toepassing van die paragraaf worden de diensten in aanmerking genomen waarmee rekening wordt gehouden voor het verkrijgen van het recht op rustpensioen.

§ 2 - Tijdens de hele duur van die terbeschikkingstelling wordt een wachtgeld toegekend gelijk aan zoveel vijftigsten, vijfenvijftigsten en zestigsten van de laatste activiteitswedde of activiteitsweddetoelage als het personeelslid dienstjaren telt op de datum van zijn terbeschikkingstelling, naar gelang de breuk die voor de berekening van het pensioen in aanmerking komt 1/50, 1/55 of 1/60 is.

Voor de toepassing van die paragraaf worden in aanmerking genomen voor hun werkelijke duur de diensten die men in aanmerking neemt voor de berekening van het rustpensioen, met uitsluiting van de bonificaties voor studies en andere periodes gelijkgesteld met diensten aangenomen voor de vaststelling van de wedde.

§ 3 - Wat de voorwaarde inzake dienstanciënniteit betreft die bedoeld is in § 1, lid 1, en in afwijking van § 1, kunnen de personeelsleden met een dienstanciënniteit van tenminste 20 jaar wegens persoonlijke aangelegenheden ter beschikking gesteld worden tussen de eerste schooldag van het schooljaar 1996-1997 en de eerste schooldag van het schooljaar 1998-1999.

In afwijking van § 2, lid 2 worden de diensten die men in aanmerking neemt voor de berekening van het rustpensioen in aanmerking genomen ten belope van hun werkelijke duur om de wachtwedde van deze personeelsleden te berekenen.

Voor zover die wachtwedde 75% van de laatste activiteitswedde of activiteitsweddetoelage niet beloopt, wordt het aantal dienstjaren bedoeld in het voorafgaande lid om 2 eenheden verhoogd, zonder echter dat de wachtwedde meer dan 75% van de laatste dienstwedde of dienstweddetoelage mag overschrijden."

Art. 3. Art. 9 van hetzelfde besluit, vervangen bij de wet van 31 juli 1984, wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Art. 9 - Tijdens de terbeschikkingstelling bedoeld in het voorafgaande Art. mag het personeelslid een winstgevende bedrijvigheid uitoefenen onder dezelfde voorwaarden en binnen dezelfde grenzen als degene die vastgelegd zijn voor de gerechtigden op een rustpensioen van de openbare diensten, overeenkomstig de wet van 5 april 1994 houdende regeling van de cumulatie van pensioenen van de openbare sector met inkomsten voortvloeiend uit de uitoefening van een beroepsactiviteit of met een vervangingsinkomen.

Deze bedrijvigheid mag echter in geen geval in het onderwijs uitgeoefend worden dat door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd wordt. Het personeelslid moet het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap elke inkomstenwijziging mededelen die een vermindering of de schrapping van zijn wachtwedde tot gevolg zou kunnen hebben."

Art. 4. Art. 10 van hetzelfde besluit, vervangen bij de wet van 31 juli 1984 en aangevuld bij de koninklijke besluiten nr. 436 van 5 augustus 1986 en 537 van 31 maart 1987, wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Art. 10 - § 1 - De personeelsleden bedoeld in Art. 7 die in actieve dienst zijn of wegens ziekte ter beschikking gesteld zijn en een wervings- of selectieambt bekleden, kunnen tussen de eerste schooldag van het schooljaar 1996-1997 en de eerste schooldag van het schooljaar 1998-1999 wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling gedeeltelijk ter beschikking gesteld worden, indien ze de leeftijd van vijftig jaar en een dienstactiviteit van tenminste twintig jaar hebben bereikt, voor zover zij geen rustpensioen ten laste van de schatkist kunnen genieten.

Die terbeschikkingstelling is de personeelsleden alleen maar toegestaan wanneer het aantal uren of lesuren betreffende het (de) ambt(en) waarin zij benoemd zijn meer dan de helft van het aantal uren of lesuren bedraagt dat noodzakelijk is voor een voltijdse betrekking in dit (deze) ambten).

De personeelsleden zijn ertoe verplicht hun dienst tijdens de helft van het aantal uren of lesuren te presteren dat noodzakelijk is voor de voltijdse betrekking.

De aanvraag moet tenminste dertig dagen vóór het begin van de terbeschikkingstelling, door bemiddeling van de directeur of van het inrichtingshoofd, bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden ingediend.

De terbeschikkingstelling is onomkeerbaar en wordt toegekend tot op de dag waarop het personeelslid aanspraak kan maken op het pensioen bedoeld in het eerste lid.

Voor de toepassing van die paragraaf worden de diensten in aanmerking genomen waarmee rekening wordt gehouden voor het verkrijgen van het recht op rustpensioen.

§ 2 - Tijdens de hele duur van die terbeschikkingstelling genieten de personeelsleden, voor de uren of lesuren die niet meer gepresteerd worden, een wachtgeld gelijk aan 50% van de laatste activiteitswedde of activiteitsweddetoelage voor deze uren of lesuren.

Vanaf de eerste dag van de maand volgend op de maand tijdens welke het personeelslid 58 wordt, wordt de wachtwedde bedoeld in het voorafgaande lid met 20% verhoogd.

§ 3 - Wat de uitoefening van een winstgevende bedrijvigheid betreft, zijn de bepalingen van Art. 9 van toepassing op die personeelsleden.

§ 4 - Op verzoek kunnen die personeelsleden bij het begin van een schooljaar de terbeschikkingstelling bedoeld in de voorafgaande paragraaf laten omzetten in de terbeschikkingstelling bedoeld in Art. 8, §§ 1 tot en met 3. Die verandering is nog mogelijk na het schooljaar 1997-1998, onder de gunstige voorwaarden bepaald in Art. 8, § 3.

De aanvraag moet tenminste dertig dagen vóór het begin van de terbeschikkingstelling, door bemiddeling van de directeur of van het inrichtingshoofd, bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden ingediend."

Art. 5. In hetzelfde besluit wordt een Art. 10bis ingevoegd, luidend als volgt :

Art. 10bis - Het personeelslid dat een bijzonder verlof of een verlof wegens verminderde prestaties in een terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling laat omzetten, wordt geacht als laatste dienstwedde of dienstweddetoelage de dienstwedde of dienstweddetoelage te hebben verkregen die het normaliter zou hebben verkregen, indien het de dienstprestaties vóór het verlof tot de dag zou hebben geleverd waarop het bijzonder verlof of het verlof wegens verminderde prestaties in terbeschikkingstelling wordt omgezet.

De prestaties waarvoor het personeelslid vastbenoemd is of wiens vaste benoeming erkend is waar de erkenning bestaat, worden als dienstprestaties in aanmerking genomen.

Die omzetting mag slechts gebeuren bij het begin van het schooljaar 1996-1997 of van het schooljaar 1997-1998."

Art. 6. De opschrift van hoofdstuk III van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen door volgende opschrift : "Bijzonder verlof wegens verminderde dienstprestaties".

Art. 7. Art. 11 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij de wet van 31 juli 1984, wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Art. 11 - Dit hoofdstuk is van toepassing op de in Art. 1 bedoelde personeelsleden die vastbenoemd zijn en van wie de vaste benoeming erkend is waar de erkenning bestaat."

Art. 8. Art. 12 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij de wet van 31 juli 1984, wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Art. 12 - De personeelsleden bedoeld in Art. 11 die in actieve dienst zijn of wegens ziekte ter beschikking gesteld zijn en een wervings- of selectieambt bekleden, kunnen, bij het begin van het schooljaar 1996-1997 en bij het begin van het schooljaar 1997-1998, om een vermindering van hun dienstprestaties voor één jaar verzoeken, indien ze een dienstactiviteit van tenminste tien jaar hebben bereikt.

De personeelsleden zijn ertoe verplicht hun dienst tijdens 75% van het aantal uren of lesuren te presteren dat noodzakelijk is voor een voltijdse betrekking in dat ambt (die ambten). Voor zover dit cijfer geen rond getal is, wordt het op een hele eenheid naar boven afgerond.

Tijdens de hele duur van dit verlof genieten de personeelsleden, voor de uren of lesuren die niet meer gepresteerd worden, een maandelijkse premie die als volgt wordt berekend :

1° voor de personeelsleden met een dienstanciënniteit lager dan 20 jaar : 2750 F (indexcijfer van juni 1996). Voor zover die personeelsleden niet voor het aantal uren of lesuren benoemd zijn dat noodzakelijk is voor een voltijdse betrekking in dat ambt (die ambten), wordt de maandelijkse premie met toepassing van volgende formule berekend :

$$2750 \frac{A \cdot B}{C}$$

A = het aantal uren of lesuren waarvoor het personeelslid benoemd is;

B = $\frac{3}{4}$ van het aantal uren of lesuren dat noodzakelijk is voor een voltijdse betrekking in dat ambt (die ambten); voor zover dit cijfer geen ronde eenheid is, wordt het op een hele eenheid naar boven afgerond.

C = $\frac{1}{4}$ van het aantal uren of lesuren dat noodzakelijk is voor een voltijdse betrekking in dat ambt (die ambten);

2° voor de personeelsleden met een dienstanciënniteit hoger dan 20 jaar : 3500 F (indexcijfer van juni 1996). Voor zover die personeelsleden niet voor het aantal uren of lesuren benoemd zijn dat noodzakelijk is voor een voltijdse betrekking in dat ambt (die ambten), wordt de maandelijkse premie met toepassing van volgende formule berekend :

$$3500 \times \frac{A \cdot B}{C}$$

A = het aantal uren of lesuren waarvoor het personeelslid benoemd is

B = $\frac{3}{4}$ van het aantal uren of lesuren dat noodzakelijk is voor een voltijdse betrekking in dat ambt (die ambten)

C = $\frac{1}{4}$ van het aantal uren of lesuren dat noodzakelijk is voor een voltijdse betrekking in dat ambt (die ambten).

De aanvraag moet tenminste dertig dagen vóór het begin van het bijzonder verlof, door bemiddeling van de directeur of van het inrichtingshoofd, bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden ingediend.

Voor de toepassing van dit Art. worden de werkelijk gepresteerde dienstjaren in aanmerking genomen."

Art. 9. Art. 13 van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Art. 13 - Tijdens het bijzonder verlof mag het personeelslid geen winstgevende bedrijvigheid uitoefenen."

Art. 10. Art. 14 van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij de wet van 31 juli 1984, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK II. - Wijziging van art. 10 van het koninklijk besluit nr. 63 van 20 juli 1982 houdende wijziging van de bezoldigingsregels van toepassing op het onderwijzend en daarmee gelijkgesteld personeel van het onderwijs

Met volledig leerplan en van het onderwijs voor sociale promotie of met beperkt leerplan

Art. 11. In Art. 10, § 5, van het koninklijk besluit nr. 63 van 20 juli 1982 houdende wijziging van de bezoldigingsregels van toepassing op het onderwijzend en daarmee gelijkgesteld personeel van het onderwijs met volledig leerplan en van het onderwijs voor sociale promotie of met beperkt leerplan, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 161 van 30 december 1982 en aangevuld door het koninklijk besluit nr. 269 van 31 december 1983, wordt de passus "Het bedrag van de periodieke verhogingen van de wedden wordt met 50 % verminderd" vervangen door de volgende bepaling :

"Die beperking heeft in geen enkel geval tot gevolg dat het personeelslid een indexering of een aanpassing van de weddeschalen op grond van een sectoriële of intersectoriële overeenkomst die van toepassing is op het personeel van het gemeenschapsonderwijs niet geniet.

Het bedrag van de periodieke verhogingen van de wedden wordt met 50 % verminderd."

Art. 12. Art. 11 heeft uitwerking met ingang van 1 september 1982, met uitzondering van het laatste lid, dat met ingang van 1 september 1983 uitwerking heeft.

HOOFDSTUK III. — Opheffings- en slotbepalingen

Art. 13. Volgende bepalingen worden opgeheven :

1° hoofdstuk III van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 23 augustus 1989 betreffende het verlof voor verminderde prestaties gewettigd door persoonlijke aangelegenheden dat toegestaan wordt aan personeelsleden van de psycho-medisch-sociale centra van de Duitstalige Gemeenschap die de leeftijd van vijftig jaar hebben bereikt of die ten minste twee kinderen ten laste hebben die de leeftijd van veertien jaar niet hebben overschreden en betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden die aan de pensionering voorafgaat, gewijzigd bij de besluiten van de Executieve van 6 november 1990 en 6 januari 1993;

2° hoofdstuk III van het koninklijk besluit van 4 september 1989 betreffende verloven voor verminderde prestaties toegestaan aan personeelsleden van het Rijksonderwijs en van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat die de leeftijd van vijftig jaar hebben bereikt of die ten minste twee kinderen ten laste hebben die de leeftijd van veertien jaar niet hebben overschreden en betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden die aan de pensionering voorafgaat, gewijzigd bij de besluiten van de Executieve van 6 november 1990 en 4 november 1992.

Art. 14. Behoudens tegenstrijdige bepalingen treedt dit decreet in werking op 1 augustus 1996.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 25 juni 1996.

J. MARAITE

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap

Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen,

Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme

K.-H. LAMBERTZ

Minister van Jeugd, Vorming,

Media en Sociale Aangelegenheden

W. SCHRÖDER

Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek,

Monumenten en Landschappen

D 96 — 2284

IS - C - 33084

25. JUNI 1996 — Dekret über die Organisation eines Teilzeitunterrichts im Rahmen des berufsbildenden Regelsekundarschulwesens

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und Wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I. — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Die Deutschsprachige Gemeinschaft organisiert, subventioniert oder anerkennt einen Teilzeitunterricht im Rahmen des berufsbildenden Regelsekundarschulwesens.

Indem ein Schüler den Teilzeitunterricht besucht, genügt er der Teilzeitschulpflicht.

Dieser Unterricht umfaßt allgemeinbildende und berufsbildende Kurse.

Der Teilzeitunterricht wird durch eine praktische Ausbildung ergänzt.

KAPITEL II. — Die Zentren für Teilzeitunterricht

Art. 2 - Vorbehaltlich des Artikels 4 wird der in Artikel I angeführte Unterricht in den Zentren für Teilzeitunterricht, nachstehend Zentren genannt, erteilt.

Es darf kein Zentrum geschaffen oder subventioniert werden, das die folgenden Bedingungen nicht erfüllt.

1. einer Unterrichtseinrichtung angegliedert sein, die ab der zweiten Stufe des Sekundarunterrichts ausschließlich technischen oder berufsbildenden Unterricht organisiert;

2. am 15. November des Schuljahres mindestens fünf eingeschriebene reguläre Schüler zählen, die der Teilzeitschulpflicht unterliegen.

Art. 3 - § 1. Die Führung des Zentrums wird vom Leiter der Unterrichtseinrichtung gewährleistet, der diesen Zentrum angegliedert ist.

§ 1. In jedem Zentrum wird ein Verwaltungsausschuß eingerichtet, dessen Zusammensetzung Arbeitsweise und Zuständigkeit gemäß den Artikeln 15, 27 und 42 der am 30. April 1957 koordinierten Gesetze über den technischen Unterricht geregelt werden.

Absatz I ist nicht anwendbar auf Zentren, die einer Einrichtung angegliedert sind, in der ein Verwaltungsausschuß bereits besteht.

Art. 4 - Für den berufsbildenden Teil des Unterrichts können die Zentren auf folgende Einrichtungen zurückgreifen:

1. alle Sekundarschulen und Institute für schulische Weiterbildung, unabhängig von der Trägerschaft,
2. außerschulische Einrichtungen für Aus- und Weiterbildung.

KAPITEL III. — Bestimmungen über die Organisation der Studien

Art. 5 - Der Teilzeitunterricht wird jährlich während 600 Unterrichtsstunden zu 50 Minuten, die sich auf mindestens 20 Wochen verteilen, organisiert.

Der Teilzeitunterricht kann nach Fächern oder fachübergreifend im Rahmen von Unterrichtseinheiten und -projekten organisiert werden.

Sitzungsperiode 1995-1996:

Dokumente des Rates. — 43 (1995-1996) Nr. 1 Dekretentwurf. — 43 (1995-1996) Nr. 2 Bericht.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 25. Juni 1996